

# Die Alternativen liegen auf dem Tisch



Foto: Hamburger Abendblatt/ Michael Raube

Unterstützen  
Sie uns –  
spenden Sie jetzt  
Lesen Sie weiter  
auf Seite 6

Präsentation des HGI-  
Integrationskonzeptes  
am 22. April 2016  
vor dem Sozialausschuss,  
lesen Sie mehr  
auf Seite 2 und 3

Integration von Anfang an:

## Hamburger und Geflüchtete – in guter Nachbarschaft

Sehr geehrte Rissener, Sülldorfer und Blankeneser Nachbarn, mein Name ist Michael Neumaier. Ich wende mich an Sie, da ich mich seit Oktober 2015 für unseren Stadtteil engagiere. Damals hieß es: In Rissen soll eine Großunterkunft für 4.000 Flüchtlinge gebaut werden. Das bedeutete aus unserer Sicht: Isolation statt Integration. Deshalb gründeten wir VIN Rissen. VIN steht für „Vorrang für Integration und Nachhaltigkeit“.



Michael Neumaier,  
49 Jahre, Gründungsmitglied VIN Rissen

Als wir darüber informiert wurden, dass in Rissen-Suurheid eine Flüchtlingsunterkunft für tausende Geflüchtete gebaut werden sollte, hat uns das aufgerüttelt. Sehr unterschiedliche Gedanken und Gefühle beschäftigten uns. Es sollten neue Rissener zu uns kommen. Es ging darum, Wohnraum für Geflüchtete zu schaffen. Das war grundsätzlich eine gute Sache, denn den Geflüchteten sollte geholfen werden, da waren wir uns einig. Und während wir uns auf der einen Seite fragten, wie man diese Menschen willkommen heißen und in unserem Stadtteil aufnehmen konnte – wuchs zeitgleich große Zweifel am Gelingen dieses Vorhabens.

Es war die große Anzahl derer, die zu uns kommen sollten, die uns beschäftigte. Auch als es später hieß, dass 2.000 Geflüchtete in der Unterkunft leben sollen, fragten wir uns: Wie sollte es gelingen, 2.000 Menschen dabei zu helfen, hier Anschluss zu finden? Wie sollte man ihnen eine faire Chance auf ein gutes Leben bieten? Und sah so echte Hilfe aus? Für 2.000 fremde Menschen, die ihr Zuhause oft auf dramatische Weise verloren und bei uns noch kein neues Zuhause gefunden hatten, plante man eine Großunterkunft, in denen diese Menschen dann isoliert unter sich bleiben?

Schließlich gründeten wir VIN Rissen und wurden ebenfalls Gründungsmitglied des Arbeitskreises Integration der Rissener Runde um Pastor Anton Knuth. Unser Kernziel war seitdem, auf politischer Ebene Bedingungen einzufordern, unter denen die Integration der Geflüchteten überhaupt möglich ist.

Und unser erster Schritt war, dass wir uns intensiv in das Thema Integration

einlesen. Wir setzten uns mit der Studienlage zum Thema auseinander, mit dem Zusammenhang von Flüchtlingsunterbringung und Integration. Thema waren auch die verschiedenen Möglichkeiten der Flüchtlingsunterbringung, die Entscheidungen anderer Bundesländer und schließlich die Entscheidungen des Hamburger Senats.

Wir suchten Antworten auf die Frage: „Unter welchen Bedingungen ist es wahrscheinlicher, dass die Integration gelingt?“ Die Antworten auf diese Frage fanden in unseren Zielen und Forderungen ihren Niederschlag.

Schnell war klar: Die Unterbringungsform der Flüchtlinge hat einen erheblichen Einfluss auf deren Integration. Schon eine Unterkunft für 400

Wir wollen, dass die Flüchtlinge in Rissen mit Hamburgern zusammen Wohnraum erhalten – und dass es sich dabei nicht um eine öffentlich rechtliche Unterbringung handelt – sondern eben um echtes Wohnen.

Personen wird in der Literatur als kritisch und falsch angesehen. In Hamburg sollten aber Tausende in einer Großunterkunft leben?

Schnell war auch klar: Es gibt andere und bessere Möglichkeiten der Unterbringung. Den Senatsdrucksachen war zu entnehmen, dass in Hamburg entschieden wurde, Großunterkünfte zu bauen, bevor überhaupt nach Möglichkeiten kleinteiliger Unterbringung gesucht wurde.

Schließlich stellte sich ebenfalls heraus: Kein anderes Bundesland geht den Weg, den Hamburg gehen will. Hier wurde ein Wohnungsbauprogramm nur für Flüchtlinge entwickelt, statt es in das bereits Existierende zu integrieren.

Diese politische Entscheidung führt nun dazu, dass Großunterkünfte nur

für Flüchtlinge geplant sind, in denen sie isoliert unter sich bleiben. Sie führt zu dem Streit über Großunterkünfte, den es so gar nicht geben müsste! Hamburg hat die Möglichkeit, besseren Wohnraum für Flüchtlinge zu realisieren. Lesen Sie hierzu S.2

Eines unserer Ziele ist, dass die Flüchtlinge von Anfang an mit Hamburgern zusammen Wohnraum erhalten. Wir fordern also, dass die Trennung von Flüchtlingen und Hamburgern aufgehoben wird. Für den Wohnungsbau in Rissen würde dies bedeuten, dass dort Flüchtlinge und Hamburger wohnen – und dass es sich dabei nicht um eine öffentlich-rechtliche Unterbringung handelt – sondern eben um echtes Wohnen.

Viele andere Personen und Organisationen teilen unsere Positionen. Lesen Sie hierzu die Stellungnahmen auf S. 4 und 5

An dieser Stelle würde ich gerne noch etwas Persönliches schreiben:

Es ist schwierig, über die geplanten Großunterkünfte kritisch zu sprechen. In den Medien wurde z.B. schon behauptet, dass Bürgerinitiativen gegen Flüchtlinge seien. Dabei sind wir von VIN Rissen und diejenigen, die uns unterstützen, gegen Großunterkünfte nur für Flüchtlinge. Das ist ein entscheidender Unterschied. Wir wollen unbedingt erreichen, dass die Integration der Flüchtlinge gelingt und setzen uns dafür ein, dass sie ordentlichen Wohnraum erhalten. Der Senat hat teilweise behauptet, Großunterkünfte seien alternativlos. Doch es gibt diese Alternativen, Stadtplaner und Architekten haben diese mittlerweile geliefert.

Das Zeitfenster ist noch geöffnet, auch hier in Rissen. Wir können durchsetzen, dass bei uns in Rissen und überall in Hamburg integrationsfreundliche Konzepte schon beim Bau von Wohnungen eine tragende Rolle spielen.

Wir von VIN Rissen und die Volksinitiative „Hamburg für gute Integration“ sind dafür, dass kleinerer, dezentraler Wohnraum für Flüchtlinge realisiert wird: Überall in Hamburg, mitten unter Hamburgern. Diese Stadt bekommt neue Nachbarn, und diese sollten unbedingt integriert werden.

Dafür setzen wir uns seit Monaten ein – für eine gute Integration – für eine gute Nachbarschaft – für „Alt“-Hamburger und „Neu“-Hamburger.

Michael Neumaier für VIN Rissen

## Wer es sich leisten kann, zieht aus?

Mit der Drucksache 21/1838 verfolgt der Senat das Ziel, Wohneinheiten auf Flächen zu errichten, die „für Wohnzwecke normalerweise baurechtlich nicht zur Verfügung stünden“. Diese Wohnanlagen mit der Perspektive Wohnen sollen zwar im Standard des öffentlich geförderten Wohnungsbaus errichtet, aber die ersten 15 Jahre durch den Betreiber „fördern und wohnen“ (f&w) angemietet und als öffentlich rechtliche Unterbringung (öRU) ausschließlich für Geflüchtete betrieben werden. „... öRU ist dem Grunde nach vorübergehend und in jedem Fall befristet bis die anspruchsberechtigten Personen Wohnraum auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt erhalten haben... Die öRU ist durch eine hohe Fluktuation und Bewegungsdynamik gekennzeichnet...“ Weiterhin ist für die öRU eine doppelte Belegungsdichte (d.h. durchschnittlich 5 Personen je Wohnung)...vorgesehen. So nachzulesen im „Betriebskonzept Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen“ von Martin Leo, Leiter des Geschäftsbereichs f&w.

Hohe Fluktuation und Bewegungsdynamik – so stellen wir uns das Zusammenleben mit den neuen Bürgern in Rissen nicht vor. Wir haben in Rissen die Chance, es von Anfang an richtig zu machen. Der bestehende Bebauungsplan ermöglicht sofort regulären Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Rissen könnte ein Paradebeispiel für den von VIN Rissen und IFI geforderten Mix werden. Durchmischung von Anfang an, ausgestattet mit guten Voraussetzungen für eine gelingende Integration.

Hohe Fluktuation und Bewegungsdynamik – so stellen wir uns das Zusammenleben mit den neuen Bürgern in Rissen nicht vor. Wir haben in Rissen die Chance, es von Anfang an richtig zu machen. Der bestehende Bebauungsplan ermöglicht sofort regulären Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Rissen könnte ein Paradebeispiel für den von VIN Rissen und IFI geforderten Mix werden. Durchmischung von Anfang an, ausgestattet mit guten Voraussetzungen für eine gelingende Integration.

CDU-Antrag in der Bezirksversammlung

## Neue Bewegung für Rissen-Suurheid

CDU Bürgerschaftsabgeordnete Karin Prien hat im Interview mit VIN Rissen den Antrag der Bezirks-CDU vom 26.5. erläutert:

„Die Fläche „Suurheid“ bietet hervorragende Voraussetzungen für ein gelingendes, integratives Quartier. Der durchdachte Bebauungsplan eignet sich sehr gut, um Ein- und Mehrfamilienhäuser und zusätzlich Geschosswohnungsbau, besonders für junge Familien, zu schaffen. Angesichts des hohen Bedarfs an neuen Wohnungen sollte man die Festsetzungen des Bebauungsplans ausnutzen – unter Beibehaltung der geplanten Grünflächen und für max. 500 Wohneinheiten (WE). Die angrenzende an den Marschweg vorgesehenen Reihenhäuser (ca.120) sollte man unbedingt beibehalten. Auf der Fläche des Schwesternwohnheims könnten die von der SAGA geplanten 143 WEs gebaut werden.“

Bei der Frage, wie viele Flüchtlinge dort in welcher Form untergebracht werden, muss man die öffentlich rechtlichen Unterkünfte in Sieversstücken I und II mit in die Überlegungen einbeziehen. Grundsätzlich ist ein vernünftiger Mix der richtige Ansatz. Man sollte 30 – 40% Sozialwohnungen im Geschosswohnungsbau, 30%

frei finanzierten Mietwohnungsbau und 30% Reihenhäuser sowie Wohnungen im Eigentum auf der Fläche vorsehen. In den Sozialwohnungen könnte man zu einem wesentlichen Teil Flüchtlinge unterbringen, aber nicht in doppelter Belegung.

Ein Quartiersmanagement unter Einbindung des in Rissen gut vernetzten ASB wäre ideal. Begegnungsflächen im Quartier müssten von Anfang an mitgeplant werden. In „Sieversstücken“ dürfte eine max. Belegung mit 600 Flüchtlingen nicht überschritten werden. Eine weitere Inanspruchnahme der Sülldorfer und Osdorfer Feldmark und des Rissener Grenzgrüns für Flüchtlingsunterkünfte müsste ausgeschlossen werden. Zur Erschließung des Gebiets braucht man die Brücke und/oder die BÜSTRA. Das vorgelegte Verkehrsgutachten ist nicht plausibel; die Westerschließung über den Rissener Ortskern ist keine gangbare Alternative“.

Der Antrag wurde von allen Bezirksfraktionen als diskussionswürdig erachtet und in den Planungsausschuss verwiesen. VIN Rissen begrüßt den Antrag als Schritt in die richtige Richtung und setzt zusätzlich auf zielführende Ergebnisse bei den laufenden Verhandlungen mit dem Senat“.

## Eine Herausforderung für Flüchtlinge und Hamburger



**Jasmin Peter,**  
45 Jahre, eine von drei Initiatoren der Volksinitiative

Ich bin Diplom Sozialpädagogin und Mutter von 4 Kindern. Mein Vater ist Iraker, lebt in Niedersachsen und ist Ingenieur im Ruhestand. Er emigrierte mit 16 Jahren nach Deutschland – als unbegleiteter, minderjähriger Flüchtling. Er konnte sich so gut integrieren, weil er in Deutschland die Bedingungen für gute Integration vorfand. Aber auch, weil er die Motivation mitbrachte, sich integrieren zu wollen. Dies sehe ich als Grundvoraussetzung für eine gelingende Integration.

Ich wohne mit meiner Familie in einem Neubaugebiet in Klein Borstel. Hier hat sich die erste Bürgerinitiative Hamburgs gegründet, die sich mit dem Thema Flüchtlingsunterkünfte beschäftigt.

Als wir im August letzten Jahres durch Zufall erfuhren, dass ohne Bürgerbeteiligung und unter Anwendung des Polizeirechts in unserer unmittelbaren Nachbarschaft eine dauerhafte Flüchtlingsunterkunft für 700 Menschen entstehen wird, war ich in einer Starre. 700 Menschen in einer Unterkunft. Diese Dimension hat mich überwältigt. Warum hat mich das überwältigt? Warum hat mich das nicht nur positiv überwältigt? Ich war einige Jahre Mitglied bei ProAsyl, hatte beruflich Einblicke in die Lebenswelt der Menschen erhalten, die flüchten mussten, die mit den Folgen der Heimatlosigkeit ebenso konfrontiert waren wie mit der Aufgabe, sich in ein für sie kulturfernes Land zu integrieren. Ich kannte die Schwierigkeiten und Probleme junger Asylanten und ihrer Familien. Ich hatte eine ungefähre Vorstellung davon, welche Herausforderungen entstehen, wenn mehrere hundert Menschen unterschiedlicher Religionen und Ethnien auf wenigen Quadratmetern, ohne ausreichende Hilfe, zusammenleben müssen. Von den Zukunftsängsten durch noch nicht abgeschlossene Asylverfahren, Arbeitslosigkeit und traumatischen Erlebnissen der Bewohner ganz zu schweigen.

Der Präsident der Bundespsychotherapeutenkammer wies in der FAZ auf die weitreichenden Folgen von Traumatisierungen hin und erklärte: „Mindestens die Hälfte der Menschen ist psychisch krank“. Und psychisch erkrankten Flüchtlingen falle die Integration besonders schwer, sie benötigten dringend professionelle Hilfe, schrieb später die Deutsche Psychotherapeuten Vereinigung. Zu dem Suizid von 2 Flüchtlingen aus Hamburg äußerte sich schließlich eine Fachärztin in der ZEIT: „Die Folgen der Traumatisierungen können wir nur auffangen durch Integration – ein wesentlicher Teil davon ist psychologische und psychiatrische Begleitung.“ Sie machte deutlich, dass es derzeit weder genügend Therapieplätze noch Dolmetscher gibt, um diese wichtige Aufgabe zu bewältigen.

Was bedeutet das konkret für Klein Borstel und für alle anderen geplanten Großsiedlungen in Hamburg?

Wenn davon auszugehen ist, dass mindestens die Hälfte der geflüchteten Menschen psychisch krank sind, wären das bei einer Anzahl von 700 Personen mindestens 350 traumatisierte Menschen in Klein Borstel die teilweise stark einschränkt und psychisch belastet sind. Von den direkten 800 Anwohnern (davon 400 Kleinkinder) zu erwarten, diese aus meiner Sicht unmöglich zu bewältigende Integrationsleistung zu erbringen, empfinde ich den neuen und hier schon wohnenden Nachbarn gegenüber als unverantwortlich.

All dies hat mich dazu motiviert und veranlasst, Verantwortung zu übernehmen. Für die Zukunft unserer Stadt und die Menschen, die hier leben und neu hinzu kommen. Ich stehe aus tiefster Überzeugung für Konzepte ein, die langfristig und nachhaltig ein lebenswertes Leben für Alle ermöglichen.

Alles Liebe, Jasmin Peter

Ein Beitrag aus dem Vortrag vor dem Sozialausschuss am 22. April 2016

# Hamburg braucht nachhaltige Konzepte zur Flüchtlingsunterbringung

Im Grunde sind sich alle einig, die Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD) bringt es auf den Punkt. Sie ist gegen ein Wohnungsbauprogramm für Flüchtlinge, da dies nur zu Ghettos führen würde: „Um das zu vermeiden, müssen wir unsere Anstrengungen für die Schaffung neuer Wohnungen für alle Menschen verstärken – jene, die schon immer hier leben und jene, die neu zu uns kommen.“

Nur in Hamburg wird dieser „Sonderweg“ beschritten. In Hamburg soll auf der einen Seite Wohnungsbau nur für Flüchtlinge realisiert werden, auf der anderen Seite Wohnungsbau für „Alt“-Hamburger.

den, was schon für Ende 2015 vorgesehen war. Aber auch heute funktionieren die angedachten Prozesse dort nicht wie geplant. Es ist wichtig, dass diese zentrale Stelle nun kurzfristig den Betrieb aufnimmt und dass die Vorgänge, wie es die Stadt angibt, in maximal 14 Tagen abgewickelt werden. Dann würden viele der dezentralen ZEA's nicht mehr benötigt werden.

Im Anschluss folgt dann die **mittelfristige** Unterbringung, derzeit ausschließlich in Folgeunterkünften. In den Folgeunterkünften besetzen heute viele Menschen Plätze, obwohl sie ein Anrecht auf eine Sozialwohnung hätten. Da es aber zu wenig Sozialwohnungen gibt, erhalten sie keine.

aber von einem Bedarf von 15.000 pro Jahr. Daher hat die Volksinitiative weitere Maßnahmen zum Wohnungsbau vorgeschlagen: Dachgeschossausbau, Aufstockungen und eine Modernisierung der Gebäude, die in den 50er und 60er Jahren gebaut worden sind. Für alle diese Maßnahmen gibt es aktuelle wissenschaftliche Untersuchungen aus 2016. Frau Stapelfeld hat dieser Liste der Vorschläge noch den Ausbau der Magistralen hinzugefügt. Alles in allem bedeutet dies ein Wohnungspotential von mehr als 100.000 Wohnungen für die Stadt! Im Gegensatz zum Bau von Großunterkünften sind dies Potentiale, die den

Grundsätzlich muss bei der Unterbringung von Flüchtlingen zwischen kurzfristiger, mittelfristiger und langfristiger Unterbringung unterschieden werden.



Die Flüchtlinge würden dadurch isoliert werden. Diverse Bürgerinitiativen fordern, die Integration schon beim Wohnungsbau in den Mittelpunkt zu stellen.

Konkret fordert der Dachverband der Bürgerinitiativen (IFI) eine maximale Dezentralisierung der Flüchtlinge und einen ¼-Mix, d.h., dass Wohnungsbau betrieben wird, der ¼ Eigentum, ¼ Miete, ¼ Sozialwohnungen und ¼ Flüchtlingswohnungen vorsieht. Nur dann, wenn man die Flüchtlinge nicht isoliert, wird die Integration gelingen.

Grundsätzlich muss bei der Unterbringung von Flüchtlingen zwischen kurzfristiger, mittelfristiger und langfristiger Unterbringung unterschieden werden.

**Kurzfristig** müssen die Flüchtlinge zunächst in „Zentralen Erstaufnahmen“ (ZEA) untergebracht werden. Weil die Registrierung der Ankommenden und die Beantragung des Asyls nicht funktionierte, hat Hamburg über 30 „dezentrale ZEA's“ aufgebaut. Anfang Mai sollte dann eine neue zentrale Erstaufnahme in Meiendorf in Betrieb genommen werden.

Der Senat plant, dieses Problem mit der Schaffung weiterer, großer Folgeunterkünfte zu lösen. Dabei fehlt es schlichtweg an Wohnungen. Hinzukommt, dass eine nachhaltige Integration nur in kleinen Folgeunterkünften oder durch Wohnen in einer durchmischten Gemeinschaft möglich ist.

Es ist also offensichtlich nur eine Frage des politischen Willens. Denn einerseits könnte die SAGA hier sofort Wohnraum auch für Flüchtlinge zur Verfügung stellen. Die Flüchtlingskrise in den 90' Jahren wurde schließlich genau auf diesem Wege geräuschlos gelöst.

Andererseits plant Hamburg seit Jahren viel zu wenig sozialen Wohnraum. Seit 2011 genehmigt Hamburg 6.000 Neubauten, von denen 30% für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stehen. Von diesen in den letzten Jahren genehmigten Wohnungen, sind aktuell ca. 18.000 im Bau, bzw. in der Fertigstellung.

Seit Mitte Mai plant Hamburg nun 10.000 Wohnungen pro Jahr zu realisieren. Der Bürgermeister selbst spricht

Konzepten moderner Stadtentwicklung folgen und nicht lokale Zusammenballungen von Flüchtlingen zum Ziel haben.

Um eine nachhaltige Stadtentwicklung zu gestalten, muss es schließlich auch um **langfristigen** Wohnungsbau für die wachsende Stadt gehen. Auch hier vertrauen wir den professionellen Stadtplanern, wobei uns „Der kleine Grasbrook“ am meisten überzeugt. Stadtnah kann ein sehr attraktiver Standort erschlossen werden, der quasi nebenbei mehreren 10.000 neuen Hamburgern ein sicherlich begehrtes Zuhause schaffen wird - vielleicht sogar mit neuen, städtebaulichen Ideen, wie z. B. einer Mischnutzung?

Der Bau von Großunterkünften für Flüchtlinge ist weder notwendig, noch alternativlos. Die Alternativen liegen auf dem Tisch.

Die komplette Präsentation, die „Hamburg für gute Integration“ am 22.4. vor dem Sozialausschuss vorgetragen hat, finden Sie unter

[www.tinyurl.com/HGI2204](http://www.tinyurl.com/HGI2204)



## Chronik der letzten Monate



### Oktober 2015

**06.10.2015:** Der Senat verabschiedet die Senatsdrucksache 21/1960 mit der Zielsetzung, in allen sieben Hamburger Bezirken jeweils 800 Wohneinheiten (WE) für 4.000 Geflüchtete zu errichten („Expresswohnungsbau mit der Perspektive Wohnen“). Die dafür vorgesehenen jeweils rund 8ha großen Flächen sollen baurechtlich nicht zu normalen Wohnzwecken ausgewiesen sein. Allerorten werden von Anwohnern Bürgerinitiativen gegründet, die diese Ballung von Geflüchteten für bedenklich halten.

### November 2015

**18.11.2015:** Öffentliche Sitzung des Planungsausschusses der Bezirksversammlung Altona in der Schule Iserberg. Ca. 450 Rissenern (weitere 200 finden keinen Einlass) werden die Pläne des Bezirksamts für das „Internationale Quartier“ (Rissen-Suurheid) vorgestellt. Die ursprüngliche Planung von Anfang Oktober zur Unterbringung von 4000 Geflüchteten wird auf 2000 Geflüchtete (400 WE) reduziert. Daneben sind 200 WE für normal geförderten Wohnungsbau vorgesehen.

**26.11.2015:** Öffentliche Sitzung der Bezirksversammlung Altona im Gymnasium Othmarschen. Trotz Überreichung von 1.200 Unterschriften gegen die derzeitigen Planungen, die in anderthalb Tagen gesammelt wurden, beschließt die Bezirksversammlung mit Stimmen von SPD und GRÜNEN das „Internationale Quartier“.

### Januar 2016

**04.01.2016:** Sieben Hamburger Bürgerinitiativen schließen sich zum Dachverband „Initiativen für erfolgreiche Integration in Hamburg“ (IFI) zusammen.

### Februar 2016

**05.02.2016:** Der Dachverband IFI veröffentlicht einen offenen Brief an Olaf Scholz im Hamburger Abendblatt zur Flüchtlingsunterbringung.

**11.02.2016:** IFI-Demo auf dem Gänsemarkt und anschließender Marsch zum Stadtentwicklungsausschuss im CCH. Vertreter von 9 Initiativen sowie weitere Bürger nehmen vor dem Ausschuss kritisch Stellung zu den geplanten Großunter-



Die Initiatoren der Volksinitiative übergeben 26.000 Unterschriften im Rathaus

künften. Senatorin Frau Dr. Stapelfeld geht nicht auf die Vorredner ein und liest eine vorbereitete Standard-Erklärung vor.

**26.02.2016:** Anmeldung der Volksiniti-



Ein Beitrag aus dem Vortrag vor dem Sozialausschuss am 22. April 2016

## Integrationskonzept statt Flächensuche

Die Bürgerinitiative VIN-Rissen hat eine Reihe von Grundsätzen entwickelt, die quasi Leitplanken einer guten und erfolgreichen Integration sind.

Integration basiert auf drei Säulen: Sprache, Arbeit und funktionierende Nachbarschaft. Idealerweise sollte Integration sofort beginnen - am ersten Tag, an dem ein Flüchtling registriert wird. Abgeschlossen ist eine Integration nachdem sie erfolgreich war. Experten und Studien gehen davon aus, dass das im Durchschnitt 7-10 Jahre andauern kann.

Eine Grundvoraussetzung für Integration ist der möglichst gute Erwerb der

deutschen Sprache. Als zweiter zentraler Schritt gilt die Möglichkeit des Lebenserwerbs, wichtig ist also ein Arbeitsplatz. Schließlich folgt die sogenannte „kulturelle Integration“. Insbesondere an dieser Stelle ist es wichtig, dass nicht nur das erste „Willkommen“ in den Fokus gerückt wird und dass es nicht nur um die schnelle, planlose Unterbringung der vielen Menschen geht - sondern, dass klug nachgedacht wird, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, die ein gutes Zusammenleben aller ermöglichen. In guter Nachbarschaft.

Zur Durchführung von Bau- und Integra-

tionsvorhaben fordern wir deshalb eine ständige, begleitende Bürgerbeteiligung und ein professionelles Projektmanagement. Aus der Bürgerbeteiligung hat sich die Forderung nach einem Bürgervertrag entwickelt, der sicherstellen soll, dass auch die Stadt ihre Verpflichtungen bei der Integration langfristig erfüllt. Das Werkzeug des Projektmanagements wird bereits in der Vorbereitung von Integrationskonzepten innerhalb vieler Stadtteile, wie z.B. in Rissen im Arbeitskreis Integration der Rissener Runde, genutzt. Die Bundesregierung spricht hier derzeit von einem „Masterplan“, den es zu entwickeln gilt.

## Es wurden zu viele Fehler gemacht!



**Harald Lübker,**  
67 Jahre, einer von drei  
Initiatoren der Volksinitiative

Ich bin 67 Jahre alt, verheiratet und Vater einer erwachsenen Tochter.

Nach dem Studium der Volkswirtschaft war mein berufliches Leben durchaus wechselhaft; die letzten 20 Jahre war ich als Handelslehrer tätig, davon 12 Jahre auch im Personalrat. Seit 15 Jahren arbeite ich im Partnerschaftsausschuss unserer Kirchengemeinde mit, und im Juli werden dann zwei junge Menschen aus unserer tansanischen Partnergemeinde für einige Zeit bei uns wohnen.

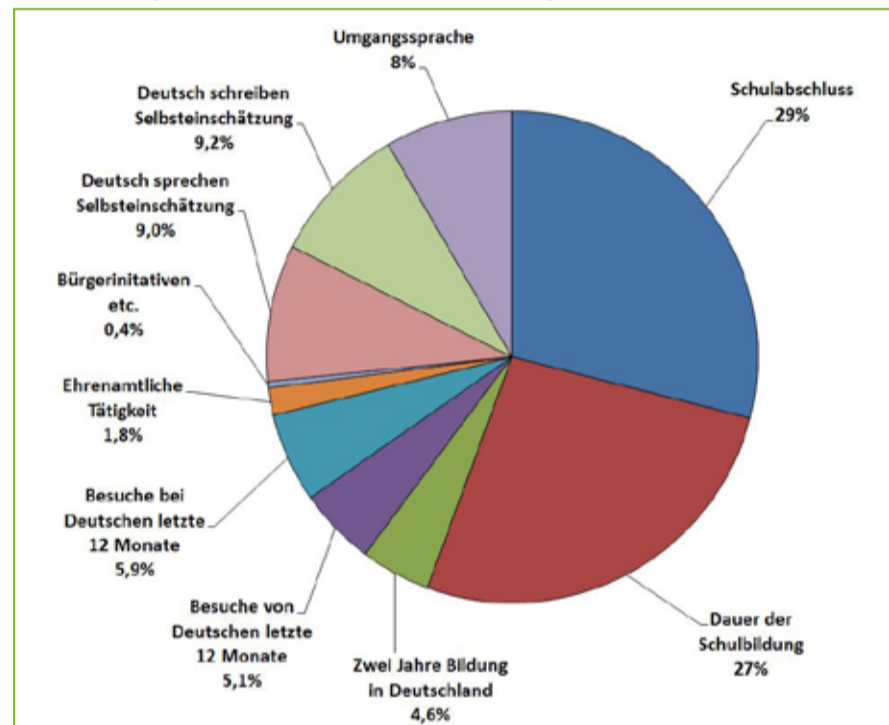
Nach meiner politisch bewegten Studentenzeit habe ich mich immer mal wieder engagiert, z.B. in der Friedensbewegung oder bei den Initiativen gegen AKWs. Auch Atomkraft galt ja mal als alternativlos und Menschen, die sich für eine dezentrale und alternative Energieerzeugung einsetzten, galten oft als Spinner. Später wurden daraus „Die Grünen“, bei denen und deren Vorläufern ich seit Urzeiten ein (zu) passives Mitglied bin.

Der aktuelle Auslöser für mein Engagement bei der örtlichen Bürgerinitiative LOB war die damals miserable Informationspolitik unserer Volksvertreter und Behörden und die Tatsache, dass sachliche Anregungen und Einwände seitens der Bürger zunächst in keiner Weise beachtet wurden. Ich hatte mich über vieles schlichtweg geärgert:

- Es sollte in Landschaftsschutzgebieten gebaut und das hundert Jahre alte Konzept der grünen Achsen einfach ignoriert werden. Landschaftsschutzgebiete sollten unwiderruflich zerstört werden und das ohne breite politische Diskussion, ohne Stadtentwicklungskonzept und sogar ohne Not. Und Die Grünen stimmten zu.
- Ein anderer Punkt war die soziale Belastung mancher Stadtteile. Zwar wurde im Februar ein Sozialmonitoring veröffentlicht, das stark gefährdete Stadtteile identifizierte - doch darauf wurde keinerlei Rücksicht genommen. Ausgerechnet dort plante man dann noch hunderte oder tausende Flüchtlinge unterzubringen, die alle mehr oder weniger Hilfe benötigen. So z.B. in Osdorf oder in Eidelstedt. Dies interessierte die Sozialdemokraten nicht.
- Schließlich wurde auch Hamburger Steuergeld verschleudert. Beim planlosen Containerbau, z.B. im Lise-Meitner-Park, wurde das Geld zum Fenster rausgeschmissen: Fünf Jahre lang werden über 500.000 € pro Monat ausgegeben, für 456 Container. Dafür hätte man passable Eigentumswohnungen kaufen können! Und was bekamen die Geflüchteten dafür? Eine Folgeunterkunft mit 10,7 qm Wohnfläche für zwei Menschen. Das ist für mich keine menschenwürdige Unterbringung!

Mittlerweile hat sich einiges getan. Der große Erfolg der Volksinitiative hat uns auf politischer Ebene Gehör verschafft. Heute führen wir mit den Fraktionsvorsitzenden Dr. Dressel und Herrn Dr. Tjarks sachliche und konstruktive Gespräche darüber, wie sich besserer Wohnraum für die Geflüchteten planen und realisieren lässt. Diese Gespräche sind wichtig, da wir jetzt gemeinsam an guten Lösungen arbeiten. Mir persönlich geht es darum, dass ein sinnvolles, gut durchdachtes und klug finanziertes Integrationskonzept entwickelt wird. Und hierzu zählen dezentraler, menschenwürdiger Wohnraum für Geflüchtete und eine weitsichtige, umsichtige Stadtentwicklung.

Die Grafik zeigt den Einfluss der verschiedenen Integrationsfaktoren



### Teil dieses Masterplans für Integration sollte sein:

- Einen „Hamburger Verteilungsschlüssel“ zu erstellen, um die Flüchtlinge bestmöglich zu verteilen.
- Einen „Hamburger Integrationschlüssel“ zu entwickeln, um den Flüchtigen die bestmöglichen Voraussetzungen für Integration zu schaffen.
- Einen „Bürgervertrag“ abzuschließen, der die gegenseitigen Verpflichtungen zur Integration regelt.
- Ein „Integrationsprojekt“ zu entwickeln, das erlaubt, beständig am Erfolg der Integration zu arbeiten und den Prozess von Beginn an bis zum Abschluss zu begleiten.

## Interaktives Spielchen

Am 11. Mai präsentierte Olaf Scholz an der Hafencity Uni das interaktive Stadtmodell „Finding Places“. In je sechs moderierten Workshops in allen sieben Bezirken haben die Stadtbewohner die Möglichkeit, ihre Ortskenntnisse bei der Diskussion von Flächen für Flüchtlingsunterkünften einzubringen. Die Teilnahme an ersten Workshops macht jedoch deutlich, dass das Modell keineswegs darauf ausgelegt ist, möglichst viele Flächen zu identifizieren. Pro Workshop können max. 6 Flächen diskutiert werden. Flächen, die ausschließlich der Stadt HH gehören. Und es geht nur um Flächen. Alle anderen besseren Möglichkeiten zur Flüchtlingsunterbringung (wie im sozialen Wohnungsbau, Dachgeschossausbau, Aufstockungen etc.) bleiben davon völlig unberührt.

Interview mit FDP-Bezirkschef Altona, Lorenz Flemming

## Großunterkünfte sind falsch

### Welche Fragen haben Sie in Bezug auf das Thema „Flüchtlinge in Hamburg“ besonders intensiv beschäftigt?

Insbesondere natürlich die Frage der Unterbringung. Danach aber die teilweise willkürlichen und erstaunlichen Verhaltensweisen der Hamburger Politik.

### Wofür setzen Sie sich besonders ein?

Als Politiker in Altona setze ich mich dafür ein, dass wir mit der Bevölkerung gemeinsam menschenwürdige Unterbringungen schaffen. Dabei soll auch berücksichtigt werden, dass die Altonaer berechnete Wünsche und Vorstellungen haben.

### Haben Sie Verständnis dafür, dass sich aufgrund der derzeitigen Flüchtlingsunterbringung Bürgerinitiativen wie z.B. VIN Rissen gegründet haben?

Mein Verständnis für die VIN ist deswegen groß, da es sich in Suurheid um dauerhafte Veränderungen für ein noch nicht wirklich durchdrungenes Problem des „Hierbleibens“ von Schutzsuchenden handelt.

### Wie stehen Sie grundsätzlich zum Bau von Großunterkünften? Halten Sie diese Bauten für richtig oder falsch? Für alternativlos oder nicht?

Großunterkünfte werden als vorübergehende Erscheinung nicht zu umgehen sein. Großsiedlungen wie an der Suurheid halte ich für falsch.

### Was bedeutet der Begriff „kulturelle Integration“ für Sie?

Ein Wachsen von gemeinsamen Werten. Das dauert Jahrzehnte!



Spenden Sie, um die Verhandlungen jetzt zum Erfolg zu führen  
Lesen Sie weiter auf Seite 6

ative „Hamburg für gute Integration“. Kernforderung ist die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten über die Stadt verteilt als Voraussetzung für nachhaltige Integration. Ziel ist die Durchführung eines Volksentscheides, sofern Gespräche mit dem Senat nicht erfolgreich verlaufen.

### März 2016

**03.03.2016:** In Rekordzeit von nur vier Tagen gelingt es der Volksinitiative 26.000 Unterschriften zu sammeln und abzugeben.

### April 2016

**05.04.2016:** Der Dachverband strebt einen Baustopp als Basis für konkrete, zügige Verhandlungen an. Dieses wird von den Regierungsfractionen mehrfach abgelehnt. Daraufhin reichen Initiatoren in allen sieben Bezirken Bürgerbegehren ein, die das Ziel haben, die Erteilung von Baugenehmigungen für Großunterkünfte zu unterbinden.

**11.04.2016:** Die Initiatoren aus dem Bezirk Wandsbek reichen wenige Tage nach Anmeldung des Bürgerbegehrens 4049 Unterschriften beim

zuständigen Bezirksamt ein. Damit ist das für den Baustopp notwendige Drittelquorum dort erreicht.

**12.04.2016:** Alle Bezirksämter erklären gleichlautend die Bürgerbegehren für unzulässig.

**22.04.2016:** Die Initiatoren aus allen Bezirken reichen Widerspruch zur Unzulässigkeitsklärung der Bürgerbegehren ein.

**22.04.2016:** In einer sechsstündigen Veranstaltung präsentieren die Initiatoren der Volksinitiative ihre Konzepte zur Flüchtlingsunterbringung und

-integration vor dem Sozialausschuss.

**25.04.2016:** Die Initiatoren aus den Bezirken Altona, Hamburg-Nord, Bergedorf und Eimsbüttel reichen ihre Unterschriften bei den Bezirksämtern ein. Damit unterstützen rd. 16.300 Hamburger aus fünf Bezirken die Konzepte der Volksinitiative.

### Mai 2016

**23.05.2016:** Die Initiatoren aus den Bezirken Altona, Eimsbüttel, Hamburg-Nord und Wandsbek reichen einen Eilantrag zur Feststellung der Zulässigkeit der Bürgerbegehren beim Hamburger Verwaltungsgericht ein.

**27.05.2016:** Verhandlungsstart zwischen Initiatoren und Regierungsvertretern. Insgesamt sind zwölf Verhandlungstermine geplant, in denen ein möglicher Kompromiss über die Rahmenbedingungen der Unterbringung und Integration von Geflüchteten festgelegt werden sollen.

### Ausblick

**13.07.2016:** Letzte Sitzung der Bürgerschaft vor der Sommerpause, in der über das erzielte Verhandlungsergebnis abgestimmt werden soll.

## Großunterkünfte sind weder für Flüchtlinge noch für Hamburger gut



**Wofür setzen Sie sich besonders ein?**  
Für ein gutes Miteinander von Alt- und Neu-Hamburgern, denn Flüchtlinge werden nach einer gewissen Zeit sowohl von ihrem Status, aber auch in der eigenen Wahrnehmung und der von Nachbarn zu Neu-Hamburgern.

**Gab es einen Moment, in dem Sie dachten „Nein, das schaffen wir nicht“?**

**Robert Jarowoy**  
64 Jahre, Fraktionsvorsitzender „Die Linke“ Altona

In einer demographisch überalternden Gesellschaft, in der – außer in Ottensen – immer weniger Kinder geboren werden, kann es nicht von Schaden sein, wenn es einen Zuzug

von Menschen gibt, die arbeiten wollen, um möglichst schnell auf eigenen Füßen zu stehen und dann natürlich auch Steuern zahlen, was man von den hier angesiedelten Großkonzernen wie IKEA nicht unbedingt sagen kann. Diesen Menschen muss durch Arbeitserlaubnisse und öffentliche Beschäftigungsangebote die Möglichkeit dazu gegeben werden. Dann schaffen wir und die das gemeinsam, was übrigens auch ein gewaltiges Konjunkturprogramm wäre.

**Haben Sie Verständnis dafür, dass sich Bürgerinitiativen wie z.B. VIN Rissen gegründet haben?**

Ja. Grundsätzlich bin ich gegen Massenunterkünfte, die weder für die betroffenen Flüchtlinge noch für die Anwohner gut sind. Im Falle von Rissen kommt aber noch etwas anderes hinzu. Dort wurde in einem langen Verfahren mit allerlei öffentlichen Beteiligungen ein Bebauungsplan erarbeitet und beschlossen, der dann im Hauruck-Verfahren vom Senat außer Kraft gesetzt und in etwas völlig anders verkehrt wurde. So etwas geht gar nicht.

**Wovon hängt es Ihrer Ansicht nach ab, ob eine Integration erfolgreich verläuft?**

Die Neu-Hamburger müssen die Möglichkeit bekommen, sich durch eigene Arbeit eine neue Existenz aufzubauen, anstatt in öffentlichen Unterbringungen sehr beengt herumzusitzen und bestenfalls an staatlich organisierten Integrationskursen teilnehmen zu dürfen. Die Flüchtlinge sind keine bettlägerigen Pflegefälle, die gefüttert werden müssen, sondern haben in ihrer Heimat als Bauern, Handwerker, Krankenschwestern, Künstler, LehrerInnen oder sonstwie ihre Frau oder ihren Mann gestanden und wollen das, von Krieg und Terror vertrieben, auch hier. Genau wie die Alt-Hamburger oder Bio-Deutschen. Ausnahmen gibt es natürlich immer und in jeder Gesellschaft.

**Was bedeutet der Begriff „kulturelle Integration“ für Sie?**

Da bin ich sehr vorsichtig. Integration heißt für mich nicht Zwangs-Assimilation. Die sicherlich am besten integrierte migrantische Gruppe in Hamburg sind die griechischen Restaurantbesitzer und ihre Mitarbeiter, die ihre deutschen Gäste auf Ouzo und Kalamaris integriert haben und dennoch ihr griechisches Ostern ganz für sich feiern. Integration heißt für mich nicht Unterwerfung, sondern Einbringung der eigenen Kultur in die des aufnehmenden Landes, natürlich mit Respekt für die dort gültigen Regeln.

**Wofür sollte die Stadt Hamburg die Verantwortung übernehmen - für welche Aufgaben sollten die Bürger zuständig sein?**

Bei aller Anerkennung für das beeindruckende Engagement vieler Tausend Hamburger –übrigens vorwiegend Hamburgerinnen- auf der ehrenamtlichen Ebene, finde ich es nicht in Ordnung, dass der Staat bzw. die Stadt immer mehr hoheitliche Aufgaben auf Ehrenamtliche und Honorarkräfte abwälzt. Der Staat sollte Arbeitsangebote schaffen, z.B. im Wohnungsbau, in der Altenpflege, im öffentlichen Grün. Leider sind diese Bereiche immer weiter privatisiert, aber bei einer staatlichen Förderung bzw. Auftragsvergabe würden auch privatwirtschaftliche Unternehmen Arbeitsstellen schaffen. Die ehrenamtlichen Helfer könnten dann in der Nachbarschaftshilfe, aber vor allem auch in der Solidaritätsarbeit für die Veränderung der Fluchtsachen in den Heimatländern der Vertriebenen aktiv werden.

**Wie stehen Sie zum Bau von Großunterkünften?**

Im Bereich der Zentralen Erstaufnahme, den ZEA's, glaube ich, dass man das nicht anders organisieren kann. Alles, was danach kommt, sollte dezentral im Rahmen öffentlich geförderter Wohnungsbaus mit durchmischten Sozialwohnungen, Baugemeinschaften und genossenschaftlichem Wohnungsbau stattfinden. Besser noch wäre ein wirklich kommunaler Wohnungsbau, wie er in Deutschland nahezu abgeschafft wurde, z.B. in Wien aber noch das Stadtbild prägt.

Was hinter den Zahlen steckt

## Rückläufige Flüchtlingszahlen – die Prognose des Senats ist nicht zu halten

**D**er Unterbringungsbedarf für Flüchtlinge in Hamburg hat sich extrem verändert. Im Jahr 2015 benötigten in der Spitze 32.906 Flüchtlinge eine Unterkunft in Hamburg.

Seit Anfang des Jahres 2016 sinkt die Zahl der Flüchtlinge erheblich. Derzeit übersteigt die Zahl der Abgänge die der Zugänge, wie auch der Erste Bürgermeister Herr Olaf Scholz im Forum des Hamburger Abendblatts am 28. April 2016 bestätigte.

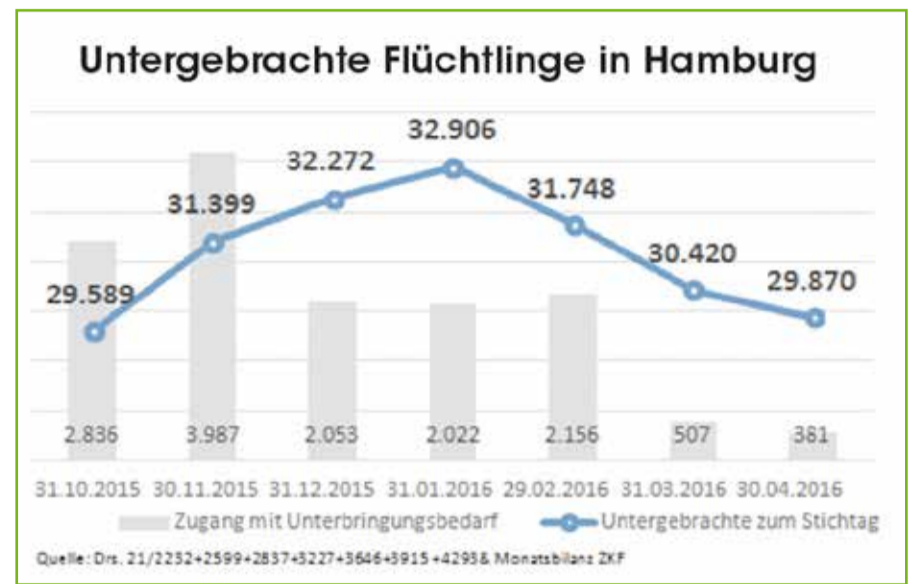
Das hat Auswirkungen auf die Zahl der notwendigen Unterbringungsplätze.

Bislang hat der Senat in seinen Planungen die auf dem Höhepunkt des Flüchtlingsstroms im Oktober/November 2015 erreichte Zahl von 3.000 Flüchtlingen/Monat linear fortgeschrieben. Deshalb seien in 2016 zusätzliche 40.000 Unterbringungsplätze zu schaffen.

Diese Prognose ist angesichts der Entwicklung im Jahre 2016 nicht mehr haltbar.

Bislang geht der Senat bei der Prognose für die in Hamburg zu erwartenden Flüchtlinge mit Unterbringungsbedarf immer noch davon aus, dass 2016 ca. 40.000 Flüchtlinge zusätzlich allein in Hamburg unterzubringen sind.

Berlin hingegen hat auf die stark rückläufigen Flüchtlingszahlen schon reagiert



und die Erwartungen für 2016 von 55.000 auf ca. 24.000 Flüchtlinge reduziert. Über den Königsteiner Verteilschlüssel lässt sich errechnen, dass die Stadt Berlin für 2016 in Deutschland mit 475.317 Flüchtlingen mit Unterbringungsbedarf rechnet.

Für Hamburg würde diese Prognose zu 12.024 Flüchtlingen mit Unterbringungsbedarf führen und nicht zu 40.000, wie derzeit noch immer geplant.

Unternehmensplanung und Flüchtlingsprognose passen nicht zusammen

Eine belastbare Unternehmensplanung lässt sich erst vornehmen, wenn die Prognose der Flüchtlingszahlen überarbeitet ist. Daran arbeitet ein Arbeitskreis des Dachverbandes in Zusammenarbeit mit dem Zentralen Koordinierungsstab für Flüchtlinge (ZKF). Ergebnisse sollen noch im Juni vorliegen.

## Größer kann die Entfremdung zwischen Politik und Bürgern kaum sein

**Auf welcher Rechtsgrundlage will der Senat Flüchtlingsgroßunterkünfte bauen?**

Der Senat will den „Expresswohnungsbau“ überwiegend über eine Vorschrift umsetzen, die für den „normalen“ Wohnungsbau gar nicht gemacht ist. Diese Vorschrift (§ 246 Abs. 14 BauGB) soll vielmehr die schnelle und nur vorübergehende Errichtung von Unterbringungen für Flüchtlinge ermöglichen. Dennoch beruft er sich in den meisten Fällen seiner Vorhaben auf diese Vorschrift.

**Wie schätzen Sie die Rechtmäßigkeit dieses Vorgehens ein?**

Der Senat hat offenbar selbst Zweifel an der Rechtmäßigkeit seines Handelns. In vielen Fällen versucht er nun, möglichst schnell Bebauungspläne nachzuziehen. Nach allgemeiner Meinung, die jetzt auch noch einmal von Herrn Prof. Brandt in einem für den Grundeigentümerverband erstellten Gutachten bestätigt wurde, bietet dieses Gesetz keine Grundlage für eine beabsichtigte reguläre Wohnnutzung, die sich der Flüchtlingsunterbringung anschließt. Übrigens hat das Oberverwaltungsgericht in seiner jüngsten Entscheidung zu Klein-Borstel zu der Anwendbarkeit dieses Gesetzes auf



**Gero Tuttlewski,**  
vertritt als Rechtsanwalt mehrere Bürgerinitiativen

die Expresswohnungsvorhaben gar keine Stellung genommen.

**Was bedeutet dies für die verschiedenen Vorhaben?**

Viele dieser Vorhaben sind, aus ganz unterschiedlichen Gründen, materiell rechtswidrig. Die Verwaltung verlässt sich allein darauf, dass die Gerichte klagen den Bürgern aus rein formalen Gründen das Klagerecht absprechen, wie dies im Klein-Borstel-Fall leider geschehen ist. So lässt sich aber Rechtsfrieden nicht

herstellen. Auch kann Integration der Flüchtlinge nicht gegen, sondern nur mit den Bürgern gelingen.

**Sie vertreten auch die Initiatoren der Bürgerbegehren aus den sieben Bezirken. Die Bezirke haben diese Bürgerbegehren für unzulässig erklärt. Wie schätzen Sie das ein?**

Die Initiatoren haben in allen sieben Bezirken Widerspruch eingelegt, über den noch nicht entschieden wurde. In vier Fällen haben die Initiatoren mittlerweile beim Verwaltungsgericht Eilanträge eingereicht. Nach meiner Auffassung tragen die von den Bezirken vorgebrachten Gründe nicht. Auch hier stellen wir fest, dass das Vorgehen Senat und Bezirke nichts nutzen wird. Es gibt einen Bürgerwillen, der, durch in wenigen Tagen ohne besonderen Aufwand abermals gesammelte tausende von Unterschriften, dokumentiert ist. Statt diesen zu beachten, bekämpft der Senat die eigenen Bürger. Dabei übersieht er, dass er jetzt nicht mehr gegen (scheinbar) wenige Anwohner, sondern gegen tausende von Bürgern prozessiert, die die Bürgerbegehren in allen sieben Bezirken unterstützen. Größer kann die Entfremdung zwischen Politik und Bürgern kaum sein.

## Wir sind nicht allein:

**NABU fordert: Nachverdichten statt Neuversiegeln**

So bleiben die zum Teil noch großen, zusammenhängenden und nicht versiegelten Außengebiete erhalten und das Verkehrsaufkommen kann gemindert werden.

Quelle: HAMBURGER STADTENTWICKLUNG IN ZUKUNFT, Verdichtung naturverträglich steuern / Siedlungsachsen nutzen – Achsenzwischenräume erhalten, März 2016

**Zentralausschuss Hamburger Bürgervereine...**

fordert Verzicht auf zu große Einheiten. Kleine Einheiten stärken die Akzeptanz und erleichtern die Integration der Flüchtlinge, die sich mit unserer Kultur, den Werten und Gepflogenheiten häufig erst vertraut machen müssen.

Quelle: Pressemeldung des Zentralausschusses Hamburger Bürgervereine von 1886 e.V., 21. April 2016

**Grundeigentümer-Verband Hamburg**

Die Pläne für die Unterbringung mit Perspektive Wohnen lassen sich nicht auf § 246 BauGB stützen. Der Bau von Großsiedlungen wird abgelehnt. Er ist städtebaulich verfehlt, bietet Flüchtlingen keine Chance auf Integration.

Quelle: Pressemeldung des Grundeigentümerverbandes, 26. April 2016



Interview Klaus Schomacker

## Ehrenamt muss langfristig durch Nachbarschaft ersetzt werden

### Was konnte die Volksinitiative bisher bewirken?

Die bisherigen Erfolge der Volksinitiative lassen sich nur schwer vermitteln. Was bedeutet es, dass der Senat über einzelne Projekte des Expresswohnungsbaus nachdenkt und Planzahlen nach unten korrigiert? Ein Politikwechsel ist das noch nicht. Was bedeutet es, dass der Senat den Wohnungsbau dramatisch erhöht, wie seit Monaten von uns gefordert? Eine Öffnung des sozialen Wohnungsbaus für die Flüchtlinge ist das noch nicht. Aber ohne Zweifel, es sind erste Schritte in die richtige Richtung.

Was die Initiative aber eindeutig erreicht hat ist, dass der Senat sich intensiv mit dem Thema Flüchtlingsunterbringung und Integration auseinandersetzt. Als es noch hieß: „Wir müssen Großunterkünfte bauen, es ist alternativlos“, bedeutete es gleichzeitig: „Hierüber wird nicht diskutiert.“ Doch das hat sich geändert. Wir haben kritische Fragen gestellt und schon einige Antworten erhalten. Fest steht, es gibt genügend Alternativen, und diese werden nun – in den zurzeit laufenden Verhandlungen – diskutiert.

### Wer sollte Ihrer Meinung nach die Volksinitiative unterstützen?

Wenn jemand etwas für die Flüchtlinge in Hamburg tun möchte, dann sollte er natürlich unserer Initiative seine Stimme geben, denn wir engagieren uns dafür, dass die Flüchtlinge bessere Wohnverhältnisse vorfinden – das heißt, wir setzen uns dafür ein, dass die Folgeunterkünfte so gestaltet werden, dass dort ein gemeinsames Wohnen in guten, nachbarschaftlichen Beziehungen möglich ist.

Unsere Idealvorstellung sieht dann so aus, dass wir in der ersten Phase der Integration viele ehrenamtliche Helfer brauchen, die die Flüchtlinge „an die Hand“ nehmen. Später soll aber die alltägliche Unterstützung auch durch die Nachbarn oder durch soziale Beziehungen innerhalb des Stadtteils geleistet werden. Unsere zentrale Nachricht ist hier: Ehrenamt muss langfristig durch Nachbarschaft ersetzt werden! Das geht nur, wenn die Flüchtlinge nicht isoliert werden, sondern als neue Nachbarn überall in Hamburg integriert werden.

### Die Volksinitiative setzt auf Integration durch Nachbarschaft? Das widerspricht dem Vorurteil, dass die Volksinitiative gegen Unterkünfte in der Nachbarschaft ist!

Dieses Vorurteil muss daher kommen, dass jemand nicht zwischen einer Großunterkunft für 2.000 Menschen und einer kleinen Unterkunft für 200 Menschen unterscheidet. Großunterkünfte verhindern

nachbarschaftliche Beziehungen und Integration. Kleine Unterkünfte machen genau das möglich. Wir wollen, dass kleine Unterkünfte realisiert werden – überall in Hamburg, in jeder Nachbarschaft – weil wir an eine gute Nachbarschaft glauben.

### Eine Nachbarschaft mit einer Großunterkunft funktioniert nicht?

Wer eine Großunterkunft für Flüchtlinge baut, der isoliert und diskriminiert sie damit. Wir wollen aber unbedingt erreichen, dass die Integration gelingt. Soziologen weisen auf diese Zusammenhänge immer wieder hin. Die Gefahr einer Isolation wird größer, je größer die Gruppe in einer solchen Unterkunft ist, denn nur durch Kontakt zur umlebenden Bevölkerung



Klaus Schomacker, 62 Jahre, Sprecher der Volksinitiative „Hamburg für gute Integration“

### Flüchtlinge nicht isolieren, sondern als neue Nachbarn überall in Hamburg integrieren

können sich die Menschen integrieren. Soziologen halten dabei schon Unterkünfte für 400 Personen für falsch. Und was tut der Senat? Er plant Großunterkünfte für 2.000 Personen. Das ist falsch, das wird allgemein anerkannt. Die Wohnsituation hat einen erheblichen Einfluss auf den Integrationsprozess.

### Aber was ist dran an der Aussage: „Es geht nicht anders, wir müssen die Großunterkünfte bauen.“? Wir wollen doch alle, dass die Flüchtlinge ordentlichen Wohnraum erhalten.

Das wollen wir natürlich alle, sogar mehr noch: Wir wollen, dass alle Hamburger bezahlbaren Wohnraum erhalten. Die Trennung der Wohnungsbauprogramme zwischen Flüchtlingswohnungsbau und dem sozialen Wohnungsbau für Hamburger war der zentrale Fehler des Senats. Der zweite Fehler war, dass diese

Trennung als alternativlos dargestellt wurde. Wir haben diese Alternativlosigkeit kritisch hinterfragt, die Senatsdrucksachen, die Anfragen und Antworten gelesen. Dann haben wir auch Gespräche mit Genossenschaften, Experten, Architekten und Politikern geführt. Unsere intensive Auseinandersetzung mit der Frage: „Sind die Großunterkünfte alternativlos?“, hat uns schließlich sehr schnell zu der Antwort geführt: „Nein, es gibt sehr gute Alternativen, die nur politisch nicht gewollt sind.“ Schließlich kam auch ans Tageslicht, dass es sich mit der „Alternativlosigkeit“ nur um eine Zweckargumentation handelte, um ein an sich richtiges, politisches Ziel, nämlich Wohnungsbau, durchzusetzen. Auch der Bau von Großunterkünften in Landschaftsschutzgebieten sollte auf diesem Wege schlichtweg durchgesetzt werden.

### Warum sind Sie sich sicher, dass das auch funktioniert? Warum glauben Sie, dass Hamburg nicht auf den Bau der Großunterkünfte angewiesen ist?

Na ja, der Senat hat ja gerade sein Ziel des Wohnungsbaus von 6.000 auf 10.000 Wohnungen erhöht. Es gibt keinerlei Anlass daran zu zweifeln, dass man durch eine Öffnung des sozialen Wohnungsbaus ab sofort den Flüchtlingen eine Chance geben könnte. Wir brauchen in Hamburg kein Wohnungsbauprogramm nur für Flüchtlinge. Wir brauchen ein gut durchdachtes Wohnungsbauprogramm für alle Hamburger, zu denen die anerkannten Flüchtlinge dann auch gehören. Das Warten auf die Fertigstellung der umstrittenen Großunterkünfte ist ja auch für die Flüchtlinge der falsche Schritt. Die Stadt sollte jetzt Wohnungsbau für ALLE betreiben. Schon allein dieser Schritt würde dafür sorgen, dass die Großunterkünfte nicht gebraucht werden würden. Ich gehe davon aus, dass auch der Senat sich dieser Einsicht bis Ende Juni nicht entziehen wird.

### Was konkret müsste der Senat jetzt tun, um eine ausschließlich kleinere, dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge realisieren zu können?

Ganz einfach: Sofort den sozialen Wohnungsbau für Flüchtlinge öffnen. Dann hätten wir unmittelbar eine maximale Dezentralisierung und optimale Bedingungen für Nachbarschaft und damit für gute Integration. Wenn es dann noch gelänge, andere Maßnahmen zu ergreifen, wie z.B. ein Wohnungskataster zu erstellen, Baulücken zu erschließen, Dachgeschosse weiter auszubauen und „vorsorglich“ das Wohnungsbauprogramm weiter zu erhöhen, gäbe es nur Gewinner in der Stadt!

## Die Verhandlungen: Guter Start – Ausgang offen

Seit kurzem sind aus unverbindlichen Gesprächen zwischen der Volksinitiative „Hamburg für gute Integration!“ und Andreas Dressel (SPD) sowie Anjes Tjarks (Die Grünen) endlich Verhandlungen geworden.

Gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden konnte ein verbindlicher Fahrplan erarbeitet werden. Am 13. Mai lautete die gemeinsame Erklärung aller Beteiligten: „In dem gut zweistündigen Termin konnte in konstruktiver Atmosphäre Einigkeit über den weiteren Gesprächsfahrplan erzielt werden. In voraussichtlich 12 Terminen bis zur Sommerpause, bei denen die verschiedenen Themengebiete besprochen werden, soll ausgelotet werden, ob ein Ersuchen der Bürgerschaft an den Senat bis zum Ende der Entscheidungsfrist der Bürgerschaft möglich ist, das einen

Volksentscheid obsolet machen soll.“

Nach dem Folgetermin am 27. Mai war die abgestimmte Verlautbarung etwas konkreter: „Wir sind in den vierstündigen, vertrauensvollen und konstruktiven Gesprächen heute gut vorangekommen. Wir sind uns insbesondere einig, dass die Bedarfsprognosen der Stadt für die Unterbringungskapazitäten in drei Szenarien fortzuschreiben sind. Bei den Erstaufnahmen sind wir uns angesichts der Entwicklung ebenfalls darüber einig, dass prekäre Standorte, insbesondere in Hallen und Zelten, Schritt für Schritt nicht weiter zu belegen, zu reduzieren und perspektivisch zu schließen sind. An einigen Standorten kann es sich anbieten, diese noch als Reservekapazität vorzuhalten“.

Beiden Seiten liegt ein positives Verhandlungsergebnis sehr am Herzen.

Aber trotz des guten Starts und aller gegenseitiger Versicherung der guten Absichten ist der Ausgang völlig offen: Die Verhandlungen stehen ganz am Anfang, viele komplexe und schwierige Themen warten auf der Agenda.

Das Verhandlungsteam um Klaus Schomacker wird mit großer Ernsthaftigkeit und Energie daran arbeiten, ein positives Verhandlungsergebnis zu erzielen. Hierfür wird auch in Zukunft die Unterstützung durch zahlreiche ehrenamtliche Mitstreiter benötigt. Die Anforderungen sind enorm und liegen auf professionellem Niveau.

Teilweise muss das Team daher externe Unterstützung in Anspruch nehmen – insbesondere bei den Themen Kommunikation und Recht. Hierfür werden ausreichend finanzielle Mittel benötigt.

## Gemischte Quartiere von elementarer Bedeutung

### Welche Fragen beschäftigen Sie besonders intensiv?

Die sinnvolle, integrationsfreundliche mittel- und langfristige Unterbringung, Umwandlung von ZEAs in Folgeunterkünfte, Gesundheitsversorgung, Beschulung von Flüchtlingen ohne Niveauverlust an den Schulen, Wertevermittlung und Sprachkurse, die Kriminalitätsentwicklung, Gewalt gegen Frauen, Kinder, Christen und Homosexuelle in den Unterkünften und auch die unzureichende Information und Beteiligung der Bürger zu den neuen Unterkünften – all das beschäftigt mich nach wie vor mit hoher Intensität.



Karin Prien (CDU)  
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hamburg

### Was ist Ihnen besonders wichtig?

Bisher steht das Thema Unterbringung zu sehr im Vordergrund. Die Integration in Bildung, Arbeit und Gesellschaft wird letztlich die anspruchsvollere Aufgabe werden. Jetzt geht es um mehr und passgenaue Sprachkurse, um Tempo bei der Qualifikationsfeststellung, bei der Weiterbildung, der Vermittlung in Praktika und Ausbildung. Auf die Frauen müssen wir dabei besonders schauen. Es geht auch um die beschleunigte Rückführung derer, die nicht bei uns bleiben können. Hier muss die Stadt bestehende Kapazitäten, etwa im Einreisezentrum in Meiendorf, besser nutzen.

### Gab es einen Moment, in dem Sie dachten „Nein, das schaffen wir nicht“?

Auch schon vor der Silvesternacht, die natürlich eine Zäsur darstellt, war für mich klar, dass sich die Aufnahme von über 1 Million Flüchtlingen in 2015, nicht in 2016 wiederholen darf. Die Frage war für mich eher das „Wie“ und auch „Was“ wir als Gesellschaft eigentlich schaffen wollen – nicht das „Ob“.

### Haben Sie Verständnis dafür, dass sich Bürgerinitiativen wie z.B. VIN Rissen gegründet haben?

Ich verstehe und teile die Verärgerung vieler Bürger über die Basta-Politik des Bürgermeisters, da unter dem Vorwand der Flüchtlingspolitik Rechte der Bürger, der Bezirke und auch der Bürgerschaft ohne Grund beschnitten werden. Anstatt jetzt die notwendige Diskussion über Stadtentwicklung und Gelingensbedingungen von Integration zu führen, werden in unerbittlicher Manier vollendete Tatsachen geschaffen. Ich kann Sie als Bürgerinitiative nur ermuntern, Ihr Engagement fortzusetzen. Uns haben Sie an Ihrer Seite.

### Wovon hängt Ihrer Ansicht nach ab, ob eine Integration erfolgreich verläuft? Und was bedeutet der Begriff „kulturelle Integration“ für Sie?

Das Erlernen der deutschen Sprache, der Zugang zu Bildung, auch Nachqualifikation und Anerkennung von Abschlüssen und ganz besonders der Zugang zum Arbeitsmarkt sind unverzichtbare Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration. Damit gelingt auch die Teilhabe in unserer Gesellschaft. Das Wohnen in gemischten Quartieren ist hier von elementarer Bedeutung.

Es geht um Fördern und Fordern, eine Integrationspflicht halte ich für unumgänglich. Kulturelle Integration bedeutet: die Anerkennung unserer Werte, Normen und Gesetze und auch die Anpassung an unsere westliche Lebensweise. Dabei ist Religion grundsätzlich Privatsache.

### Wofür sollte die Stadt Hamburg die Verantwortung übernehmen – für welche Aufgaben sollten die Bürger zuständig sein?

Auch, wenn Integration letztlich nur über die Menschen, die sich in Kindergärten, Schulen, am Arbeitsplatz, im Sportverein etc. begegnen, funktioniert, ist es im Wesentlichen Aufgabe der Stadt, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Und das hat dann auch mit der Frage zu tun, wie viele Flüchtlinge in den Stadtteilen und Quartieren jeweils untergebracht werden, ob die Verteilung von Flüchtlingskindern in KITA und Schulen gerecht und verantwortlich erfolgt, ob genug qualitativ ordentliche Sprachkurse zur Verfügung stehen. Wichtig ist auch, dass unsere Bürger keine weiteren Einbußen bei der inneren Sicherheit hinnehmen wollen.

### Wie stehen Sie grundsätzlich zum Bau von Großunterkünften?

Ich halte Großunterkünfte für Flüchtlinge und auch größere, nicht gemischte Quartiere für integrationsfeindlich. Die Politik des Senats ist hier kurzsichtig angesichts der sozialen Folgekosten. Darüber sind sich alle Experten, einschließlich des Städte- und Gemeindetages einig. Eigentlich behauptet ja nicht mal Rot-Grün, dass Großunterkünfte die richtige Lösung sind. Nur fehlt es an politischem Willen, die reichlich vorhandenen Alternativen zu planen und durchzusetzen. Das überzeugt mich auch in Hinblick auf die deutlich rückläufigen Flüchtlingszahlen gar nicht. Bei den Plänen des Senats geht es allerdings um mehr: Es soll unter Umgehung der Bürger eine neue Stadtentwicklungspolitik durchgedrückt werden, mit der Gebiete zugepflastert werden, die bisher tabu waren.

Unterstützen  
Sie uns –  
spenden Sie jetzt  
Lesen Sie unten auf  
dieser Seite mehr!

## Zum aktuellen Stand in Rissen

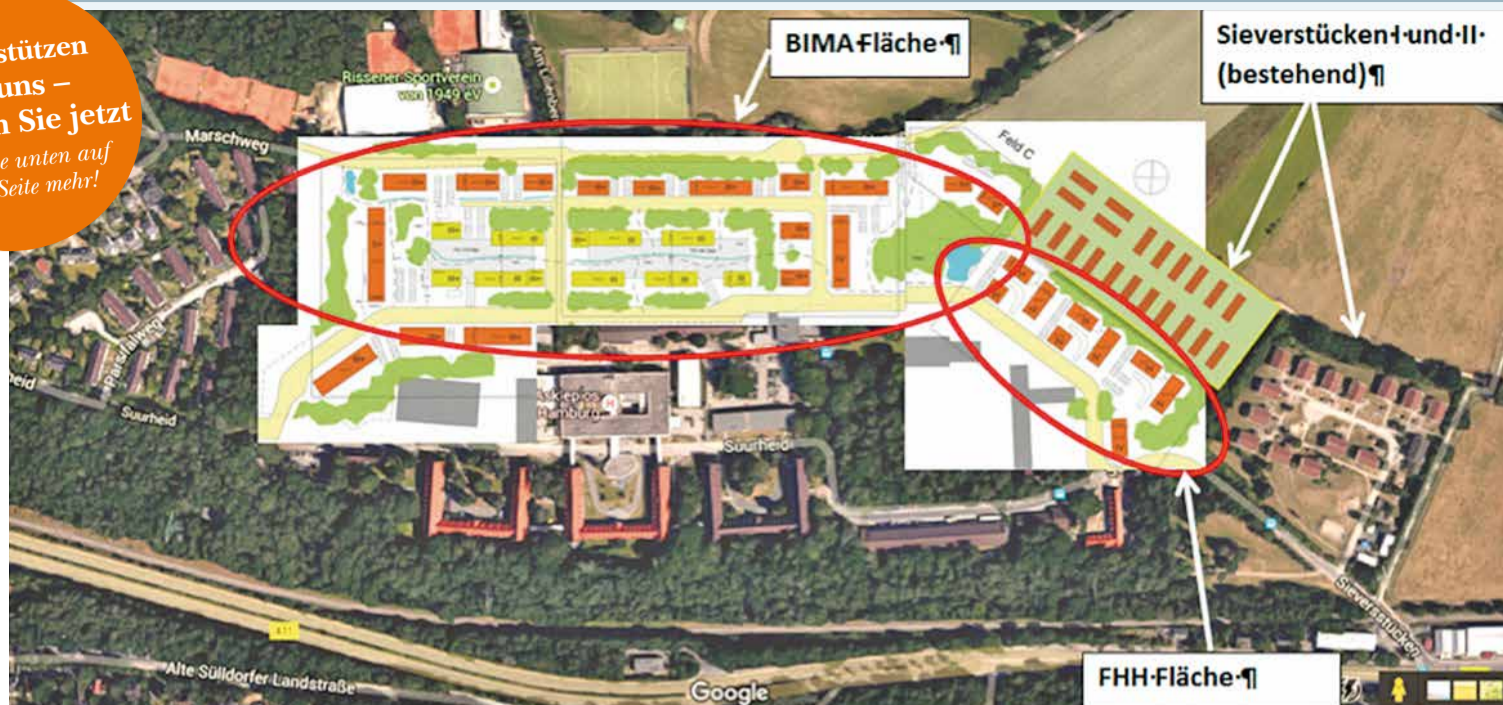
Die Bezirksversammlung Altona hatte am 26.11.2015 mit der Mehrheit der Regierungsparteien die Planung des „Internationalen Quartiers“ in Rissen-Suurheid mit 400 Wohnungen für Geflüchtete (ca. 2000 Menschen) sowie 200 Wohnungen für Einheimische (ca. 500 Personen) verabschiedet. Seitdem ist die Planung, trotz stark gesunkener Flüchtlingszahlen, unverändert geblieben. Mit den bestehenden Einrichtungen Sieverstücken I + II, die nur durch eine Hecke von der geplanten Großunterkunft getrennt sind, würden dann ca. 2800 Geflüchtete zwischen Sülldorf und Rissen angesiedelt werden.

Ein Teil des Baugebietes, welches der FHH gehörte (die Fläche des alten Schwesternwohnheims), ist inzwischen als Baustelle eingerichtet, Häuser wurden abgerissen, Bäume gefällt, etc. Es sollen dort ca. 150 Wohnungen ausschließlich für Geflüchtete entstehen. Das Gelände wurde nun an die SAGA GWG übertragen und der damit einhergehende Bauantrag steht unmittelbar bevor. Der Verkauf des übrigen Geländes mit den Hallen (im Besitz des Bundes), das zuletzt durch das Technische Hilfswerk genutzt wurde, ist nach wie vor in der Schwebe.

VIN Rissen hält die Unterbringung von 2.000 Geflüchteten in öffentlich-rechtlicher Unterbringung in Rissen-Suurheid für den falschen Weg (s.a. Forderungen von VIN Rissen auf dieser Seite).

Der Bezirk hat verschiedene Veranstaltungen im Format des sogenannten „Bürgerdialogs“ abgehalten. Bedauerlicherweise waren die Vertreter des Bezirks nicht mandatiert über die wesentlichen Kenngrößen des neuen Quartiers (Gesamtzahl der Wohnungen sowie Zahl der unterzubringenden Flüchtlinge) zu diskutieren.

Zuletzt hat die CDU-Bezirksfraktion einen Vorschlag zu einer alternativen Bebauung des Gebietes in die Bezirksversammlung eingebracht (s. Seite 1), der von allen Fraktionen als diskussionswürdig betrachtet wird. Dies ist aus unserer Sicht ein Schritt in die richtige Richtung in der festgefahrenen Diskussion.



## Die Forderungen der Bürgerinitiative VIN-Rissen

für das Bauvorhaben Rissen-Suurheid und den Standort Sieverstücken

1. Eine Bebauung im Rahmen des gültigen Bebauungsplans, der nach mehr als 10-jähriger Bürgerbeteiligung erreicht wurde
2. Ausschließliche Nutzung für „Wohnen“ (keine öffentlich rechtliche Unterbringung)
3. Für die Flüchtlingsunterbringung sind die Standorte Sieverstücken und Suurheid gemeinsam zu betrachten
4. Gemischte Aufteilung der Wohnungen für Geflüchtete/Sozialwohnungen, frei finanzierte Wohnungen sowie als Eigentumswohnungen bzw. Eigenheime
5. Verbindliche Zusagen der Stadt zu den Integrationsaufwendungen für die nächsten 8,5 Jahre (Bürgervertrag)
6. Die Verkehrsanbindung des Quartiers muss durch eine Brücke erfolgen
7. Entwicklung konkreter Konzepte, um den Geflüchteten den schnellen Einstieg in Beschäftigungsverhältnisse zu erleichtern (z.B. Infoveranstaltungen vor Ort, Kooperation mit anliegende Arbeitgebern, Ausbildungsbetrieben und Fortbildungsstätten)



Vorne im Bild die gerodete Fläche des ehemaligen Schwesternwohnheims für den Bauabschnitt I Suurheid, im Hintergrund die durch einen Zaun getrennten 21 Modulhäuser Sieverstücken II  
Foto: Privat

## Bürgerbegehren: Altona für gute Integration

### Verkehrsgutachten – dreifach höhere Belastung ist zumutbar

Anfang April wurde ein Verkehrsgutachten zu Rissen 45 im Verkehrsausschuss von Altona den Parteien vorgestellt. Untersucht wurden verschiedene Verkehrsführungskonzepte mit Berücksichtigung von unterschiedlichen Größen des neuen Quartiers (200 bzw. 600 Wohneinheiten). Ergebnis: Die zur Erschließung geplante Brücke über die S-Bahn – das Basis-Szenario im existierenden Bebauungsplan Rissen45 – wird nun vom Bezirksamt gar nicht mehr als ernsthafte Option in Erwägung gezogen. Die im B-Plan ausgewiesene Alternative zur Brückenlösung, eine BÜSTRA-Anlage (voll beschränkter Bahnübergang mit Koppelung an die Ampelanlage) ist laut Gutachter vom Tisch, da deren Leistungsfähigkeit als zu gering eingestuft wird (im Gegensatz zu einem früheren Gutachten).

Derzeit favorisiert das Bezirksamt den abfließenden Quellverkehr des „Internationalen Quartiers“ ausschließlich nach Westen über die Straßen Achtern Sand und Klövensteenweg zu führen, da dies „zumutbar wäre“ und größere Baumaßnahmen vermieden werden könnten.

Die Grundzüge der Verkehrsführung des derzeit gültigen B-Planes (Verkehrsabfluss ausschließlich nach Osten, Brücke/BÜSTRA, Verhinderung von Durchgangsverkehr) wären somit komplett vom Tisch!

Die Diskussion im Ausschuss am 18.4. zeigte, dass diese Option nur sehr bedingt die Zustimmung der Parteien findet. SPD und CDU sprachen sich in der Sitzung beide für den Bau der Brücke aus. Das Bezirksamt wurde aufgefordert, die Brückenlösung wieder in den Alternativen-Vergleich mitaufzunehmen.

Wir sind gespannt, ob sich das Bezirksamt mit seinen umstrittenen Planungen durchsetzt.



Seit geraumer Zeit finden Gespräche sowohl auf Bürgerschafts- als auch auf Bezirksebene mit Initiativenvertretern aus ganz Hamburg statt. Die Initiativen wollen die Gespräche nutzen, um Alternativen aufzuzeigen und konkrete Verhandlungsergebnisse zu erzielen - bevor die Großunterkünfte gebaut werden, die von einem Großteil der Hamburger Bevölkerung nicht gewollt und tatsächlich auch nicht notwendig sind. Es bleiben aber erhebliche Zweifel an der Ergebnisoffenheit der Gespräche und es scheint, dass der Senat und die Bezirke nur Zeit gewinnen wollen. Die sinkenden Flüchtlingszahlen würden den Beteiligten die Zeit geben, um über Verbesserungen nachzudenken. Ein von den Initiativen geforderter Baustopp wurde von SPD und GRÜNEN wiederholt abgelehnt.

Derzeit wird der Bau der Projekte weiter mit größtem Druck vorangetrieben, so auch in Rissen.

Vor diesem Hintergrund haben Vertrauenspersonen aus den einzelnen Bürgerinitiativen (einschl. VIN) Anfang April in allen Bezirken Bürgerbegehren angemeldet, die einen Baustopp der geplanten Flüchtlingsgroßunterkünfte erwirken sollen.

Pikant dabei: Der Dachverband der Initiativen hatte einen Tag vor der Anmeldung die Regierungsparteien in der Bürgerschaft über ihr Ansinnen informiert. Als dann am 5. April die ersten Anmeldungen erfolgten, fand zeitgleich eine Senatssitzung statt. In dieser wurden die Bezirke angeblich angewiesen, alle Planungen zu den Großunterkünften unverändert fortzuführen. Als Folge dieser Weisung haben die Bezirke das Bürgerbegehren für unzulässig erklärt. Die Bezirke sehen sich schlicht als nicht zuständig an und haben den Inhalt der Forderungen gar nicht weiter geprüft!

Gegen dieses Vorgehen haben wir aus Rissen, wie auch alle anderen Bezirke, formal Widerspruch eingelegt und gleichzeitig in Altona 2.661 Unterschriften abgegeben (hamburgweit über 16.000!). Am 23.05. wurde beim Verwaltungsgericht der Eilantrag gegen die Unzulässigkeitsentscheidung des Bezirksamts Altona sowie anderer Bezirke eingereicht. Wird die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens festgestellt, hätten wir damit das Drittelquorum zur Erreichung der Sperrfrist und damit den gewünschten Baustopp erreicht.

### Spendenaufwurf:

Alle, die sich bei VIN Rissen engagieren, tun dies natürlich unentgeltlich. Diese Arbeit kostet uns deshalb in erster Linie Zeit. Doch wir sind immer wieder an Punkte gelangt, an denen wir auch Geld benötigen.

26.000 Hamburger wollen bewirken, dass in Hamburg ausschließlich kleine Unterkünfte realisiert werden. Und vor diesem Hintergrund verhandelt unser Sprecher Klaus Schomacker mit den Politikern. Diese starke Verhandlungsposition wollen wir ihm unbedingt weiterhin sichern.

Spendengelder benötigen wir, um uns z.B. juristischen Rat und Beistand einzuholen. Auch die tatkräftige Unterstützung eines Kommunikationsbüros kostet uns Geld. Wenn wir dieses zur Verfügung haben, sind wir uns sehr sicher, dass wir den Druck auf den Senat weiter hoch halten können.

**Wir brauchen Ihre finanzielle Unterstützung. Spenden Sie bitte jetzt!**

**VIN Rissen e.V.**  
Hamburger Sparkasse  
Kto. 1252/134679  
BLZ 200 505 50  
IBAN DE56 2005 0550 1252 1346 79

### NEWSLETTER ?

Wenn Ihnen diese Zeitung gefällt und die gerne regelmäßig Informationen erhalten möchten, melden Sie sich gerne bei unserem Newsletter an.  
[www.vin-rissen.de](http://www.vin-rissen.de)

### Impressum:

Hamburg für gute Integration  
V. i. S. d. P.: Klaus Schomacker,  
Volkerweg 12, 22559 Hamburg  
[www.gute-integration.de](http://www.gute-integration.de)  
[www.vin-rissen.de](http://www.vin-rissen.de)  
Email: [kontakt@vin-rissen.de](mailto:kontakt@vin-rissen.de)